

Arbeitsprogramm für das SoSe 2009 und beginnende WiSe 2009/10

Grundsätze

Der Fachschaftsrat Geschichte macht studentische Interessenvertretung für eine sozial verantwortliche und gesellschaftskritische Gestaltung von Bildung und Wissenschaft; er entsendet VertreterInnen in die Gremien des Fachbereichs und der Fakultät und engagiert sich im Rahmen von Bündnisaktivitäten allgemeinpolitisch insbesondere für Frieden und gegen Rechts. Er tagt jeden Mittwoch ab 18 Uhr in offener Sitzung und nach Bedarf. Wir publizieren in loser Folge im „Historix“.

Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Hamburg findet derzeit in der Grundkontroverse zwischen kommerzialisierter und verwertungskonformer Ausbildung einerseits oder emanzipatorischer und solidarischer Bildung andererseits statt. Entgegen der Abwicklung der demokratischen Massenuniversität, bei der die Hamburger Politik Vorgaben der Handelskammer folgt, vertritt der Fachschaftsrat Geschichte die Rekonstruktion und Erweiterung dieser drei Säulen allgemeinwohlorientierter Wissenschaft: sozialer Offenheit, demokratischer Verfaßtheit der Hochschule und kritischer Relevanz von Bildung und Wissenschaft.

Für Gebührenfreiheit

In den letzten Semestern haben wir uns besonders an den Protesten gegen Studiengebühren beteiligt und den Gebühren-Boykott unterstützt. Auch durch diese Proteste konnte eine Senkung der Gebühren von 500 Euro auf 375 Euro und für manche die Möglichkeit einer Stundung erstritten werden. In diesem Semester haben wir an der Organisation der Urabstimmung für Gebührenfreiheit mitgewirkt und wollen das positive Ergebnis (96,8 Prozent haben mit „Ja“ gestimmt) in den Gremien zur Geltung bringen. Das Ergebnis soll auch in öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten (Demonstrationen, Aktion zur „open uni“, Besuch der Wissenschaftsausschuß- bzw. Bürgerschaftssitzungen zur Novellierung des HmbHG) transportiert werden. Darüber informieren wir, rufen auf und beteiligen uns selbst.

Gestaltung der Studienbedingungen des Bachelor

Das Bachelor-Studium ist stark verschult, der permanente Zeit- und Prüfungsdruck ist lernfeindlich und wirkt oft einschüchternd. Die schmalen Übergangsquoten zum Master sowie die intransparente Notengebung verschärfen die Konkurrenz zwischen den Studierenden. Das Ganze wird durch STiNE überwacht und verschärft. Wir engagieren uns deshalb für eine demokratische Studienreform und für die zügige Befreiung der Studienordnungen von allen wissenschaftsfremden Reglementierungen: ob Anwesenheitspflicht, Sprachanforderungen oder Prüfungsbestimmungen. STiNE muß abgeschafft und durch ein studierenden- und mitarbeiterfreundliches System ersetzt werden. Wir haben dafür in Kooperation von Studierenden aller geschichtswissenschaftlichen Studiengänge begonnen, eine Grundlage zur zügigen Reform der Studienordnung (bzw. der fachspezifischen Bestimmungen) auszuarbeiten, die wir nach Abschluss der breiten und offenen Diskussion in die Gremien einbringen wollen. Abgeschlossen wurde weiterhin eine Diskussionsrunde zur Überarbeitung und Reform der Prüfungsordnung der Fakultät für Geistes- und Kulturwissenschaften, die wir nun über mehrere Gremien in die fakultätsweite Debatte einbringen werden. Der Beschluß des Fakultätsrats, STiNE sobald wie möglich abzuschaffen, geht auf unsere Initiative zurück. Damit der Beschluß auch umgesetzt wird, wollen wir den studentischen Druck hierfür erhöhen.

Unterfinanzierung

Im Zuge der ökonomischen Zurichtung der Universität seitens der CDU-Senate ist nahezu die gesamte Uni fortgesetzt unterfinanziert. Besonders scharfe Einschnitte wurden in der Erziehungswissenschaft und die Fakultät für Geisteswissenschaften vorgenommen. Weitere sind angedroht. Dies hat zur Folge, daß auch im Fachbereich Geschichte Professuren langfristig vakant gehalten oder gar gestrichen werden – was große Einschränkungen in Lehre, Studium und Prüfungstätigkeit zur Folge hat. Dies ist für alle eine erhebliche Belastung. Die wissenschaftliche Reflexion und Verständigung einer Gesellschaft über ihr geistig-kulturellen Grundlagen halten wir für dringend notwendig. Aus diesen Gründen kämpfen wir für eine erneuerte Wertschätzung der geistes-, kultur- und bildungswissenschaftlichen Fächer und speziell mit einer Unterschriftenkampagne für die zügige Neubesetzung der W3 Professur in der Alten Geschichte.

Beratung und Hilfe

Gebühren und die restriktive Erhebungspraxis des sogenannten „Zentrums für Studierende“, Mängel in Folge der Unterfinanzierung sowie die Belastung durch die neuen Studiengänge (Prüfungsstreß) haben auch in unserer Beratungstätigkeit herausgehobene Bedeutung. Dabei legen wir Wert darauf, daß Studierende sich für die Vertretung ihrer Belange solidarisch organisieren anstatt vernünftige Ansprüche aufzugeben. In direktem Kontakt mit der hauptamtlichen Studienberatung und den Lehrenden versuchen wir, Behinderungen eines erfreulichen Studiums zu beseitigen. Zusätzlich wurde eine allgemeine Sprechstunde des Fachschaftsrats eingerichtet,

die seit einem Monat jeden Mittwoch vor den Sitzungen stattfindet und Gelegenheit zum Austausch über die Studienbedingungen und die Situation im Historischen Seminar bietet.

Orientierungseinheit

Wir tragen die Orientierungseinheit (OE) inhaltlich und organisatorisch. Gerade unter verschlechterten Studienbedingungen achten wir darauf, das mündige Eingreifen in die Hochschulpolitik zu fördern, ein solidarisches Miteinander zu ermöglichen und auf dieser Grundlage bei dem Einstieg in die geschichtswissenschaftlichen Studiengänge behilflich zu sein. Zur Vorbereitung auf die OE gehört deshalb eine historisch-kritische Aneignung ihrer Aufgaben und Möglichkeiten, die Vordiskussion für eine fachwissenschaftliche Einführung sowie die tagesaktuelle Auseinandersetzung mit den bedeutsamen hochschulpolitischen Kontroversen und Rahmenbedingungen. Die Veranstaltung unserer für alle Geschichtsstudierenden offenen OE-Fahrt, des „Histo-Wochenendes“, haben wir für das Wintersemester in Aussicht genommen.

FSRK: Solidarität für Gebührenfreiheit und eine erfreuliche Zukunft für Alle

Wir sind engagierte Mitstreiter der Fachschaftsrätekonferenz (FSRK). Vermittelt über die FSRK koordinieren wir unsere Aktivitäten im Fachbereich und in der Fakultät mit anderen Fachschaftsräten. Prüfungsordnungen zu ändern, Studiengebühren abzuschaffen oder die Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung wieder zu erweitern gelingt nur in regelmäßiger Kooperation. In diesem Rahmen entwickeln wir Aktivitäten für die Gebührenfreiheit mit und unterstützen die Kampagne für den Erhalt und Ausbau der Uni in Eimsbüttel. Im Zusammenhang mit der Wahl eines Dekans unserer Fakultät, der die neoliberale Ausrichtung der Universität kritisch betrachtet und der nun nicht von dem Uni-Präsidium in seinem Amt bestätigt wird, engagieren wir uns für die Anerkennung (teil-) demokratischer Wahlen in der Universität. Außerdem wollen wir mit der FSRK besonders die Gegnerschaft zu den Plänen der Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) aufnehmen, die mit einem „WissenschaftsförderungsGesetz“ die direkte Anbindung der Universität an private Unternehmen, ein lückenloses, autoritäres „Top-down-Management“ und eine weitere Verschärfung des BA/MA-Systems durchsetzen will.

Bildungsstreik

Diese Aktivitäten werden von uns auch im Rahmen des bundesweiten Bildungsstreiks vom 15.-19. Juni 2009 vertieft und intensiviert. Wir wollen dafür eine Fachbereichs-AG zur inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung der Streik-Aktivitäten vor Ort einrichten.

Verantwortung für die Verfaßte Studierendenschaft

Die Verfaßte Studierendenschaft (VS) als kooperative Interessenvertretung aller Studierenden ist die Basis aller studentischer Mitbestimmung, der alltäglichen Solidarität und kritischen Souveränität. Wir informieren regelmäßig über Studierendenparlamentssitzungen und beteiligen uns dort. Wir setzen uns für einen kritischen AStA ein, der die solidarische Selbstorganisation der Studierenden in Fachschaftsräten, Initiativen (Gebührenboykott o.ä.) und Teilautonomen Referaten (Ausländische Studierende, Frauen) ernsthaft fördert. Auch die Wahlen zum Studierendenparlament im letzten Semester haben wir organisatorisch mitgetragen und ihren Ablauf intensiv begleitet und unterstützt.

„Politisches Mandat“

Hochschulpolitik ist Gesellschaftspolitik. Gerade als FSR Geschichte legen wir Wert auf eine geschichtsbewusste Entwicklung der Universität: ihr demokratische Gründungsauftrag und ihr antifaschistisches Erbe müssen gegen den Mainstream gnadenloser Geldgier wachgehalten und weiterentwickelt werden. „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ sind historische Lehren mit hoher aktueller Relevanz. Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik standen und stehen oft im Zentrum politischer Kontroversen der Bundesrepublik, z.B. über die Beteiligung der Bundeswehr an Kriegen oder über Kontinuitäten und Brüche in der Deutschen Geschichte vor und nach 1945. Heute, wo junge Menschen wieder in größerer Zahl rechte oder rechts-extreme Auffassungen teilen und sie auch gewaltsam zum Ausdruck bringen (z.B. bei Angriffen auf GewerkschafterInnen am 1. Mai), sehen wir uns gehalten, die Aufklärung für Frieden und internationale Solidarität zu fördern und dabei die Rolle der Geschichtswissenschaft kritisch zu reflektieren. Dies verfolgen wir bewußt gegen den sozio-kulturellen Druck, sich nur mit „Alltäglichem“ und Nächstliegendem zu beschäftigen. Deshalb suchen wir auch die Kooperation mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN- BdA), insbesondere in Hinblick auf die jährliche Gedenkveranstaltung auf dem Joseph-Carlebach-Platz neben der Universität am 9. November. Wir unterstützen die Aktion „Lesezeichen: Bücherverbrennung - Nie wieder!“ mit Ankündigungen und eigener Beteiligung. Dem Hamburger Forum für Frieden und Abrüstung sind wir in der grundsätzlichen Ablehnung von Krieg und dem Wirken für Völkerverständigung verbunden.